

# Rieser Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtschiff: Tagesblatt Riesa.  
Fernruf Nr. 20.

Das Rieser Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen  
der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgerichte und des  
Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptamts Riesa.

Postfachkonto: Dresden 1589  
Stroßstraße Riesa Nr. 52.

Nr. 195.

Sonnabend, 22. August 1923, abends.

78. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 20 Pfennig durch Post oder durch Boten. Für den Fall des Eintrittens von Produktionsverzögerungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreisen behalten wir uns das Recht der Preisänderung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Abgabetermins sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen zu bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 80 mm breite, 3 mm hohe Grundchrift-Zeile (6 Silben) 25 Pfennig; 100 Zeilen: 25 Mark. Zusätzliche und tabellarische Satz 50%, Aufschlag, feste Tarife. Fernläufiger Rabatt möglich, wenn der Bezug verläßlich, durch Abgabe eingetragener Marken oder durch Auftragsgeber n. Konsumt. gezahlt. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Kündigungsfrist: 14 Tage. Abbestellung: 14 Tage vor Ablauf der Zeit. Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Verleger oder der Vertriebsstellen — hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langner & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Weststraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Dietrich, Riesa.

## Weg mit der Preispanne.

Das Innenpolitische der vergangenen Woche hat einen hart wirtschaftlichen Geschmack von einer Art, die uns nicht mehr unbekannt ist, die wir leider nur zu sehr in der Erinnerung haben. Es genügt ein Wort zur Klärung der Situation: Lohnkämpfe.

Nach dem uninteressantesten Szenario kann und darf es nichts Neues mehr sein, daß wir uns gegenwärtig in Deutschland in der unbehaglichen Situation befinden, die ersten Symptome eines Sturmes zu spüren, von dem man nicht voraussetzen kann, ob er nicht härter werden wird, als unser armes Vaterland in seiner gegenwärtigen Ohnmacht und Schwäche ihn ertragen könnte.

Angesichts unserer gegenwärtigen außenpolitischen Lage brauchen wir nichts dringender als Ruhe im Innern. Und es gibt keinen gefährlicheren Feind dieser Ruhe im Innern als den Hunger. Der Hunger aber erscheint gegenwärtig in weiten Teilen des deutschen Volkes wie ein Schreckgespenst. Es gibt in unserer gesamten Volkswirtschaft und in einigen wichtigen Wirtschaftszweigen (und schon Lohnkämpfe greifen umher) im Grunde, so im Bergbau, in der Textilindustrie, im Baugewerbe und bei der Eisenbahn. Außerdem tritt es fast überall. Um nur zwei Beispiele zu nennen: In Berlin haben die Väter ihre Forderungen angemeldet, hinter denen eine Verteuerung des Brotpreises lauert; in Köln kreuzte das städtische Personal.

Es ist gar nicht daran zu zweifeln, daß diese Kämpfe bis aufs Messer geführt werden. Denn einmal liegt der überwiegende Teil der deutschen Industrie und auch des soliden mittelständlichen Handwerks und Gewerbes am Boden und mühte nun neuen nicht abwägbaren Lasten, erdrückt werden, dann aber ist es für die Masse der Arbeitnehmenden klar, daß sich die vom Reichstag beschlossenen Löhne und die neuen Steuererhöhungen unweigerlich in einem Ansteigen der Preise äußern werden. Wenn schon die jetzt gezahlten Löhne und Gehälter vielfach als unzureichend empfunden werden, so ist für die Arbeiterführer die Forderung einfach, daß eine Erhöhung der Löhne und Gehälter angefordert werden muß.

Wie aber eine Wirtschaft, deren Status durch fast eine Million Arbeitslose, durch Betriebsstörungen in erheblicher Zahl (namentlich im Ruhrgebiet), durch Liquidationsfälle ihrer Aktien charakterisiert wird, imstande sein soll, höhere Löhne und Gehälter zu tragen, erscheint unerschaffen, — wenn nicht die neuen Mehraufgaben auf den Konsum abgewälzt werden können. Geschieht das aber, so würde es die erste Wundung jener Schraube ohne Ende bedeuten, — die uns aus der Inflationsgefahr in schrecklicher Erinnerung ist. Dieser Weg wird nicht wieder beschritten werden können.

Der Kampf aber wird sich auch nicht mehr aufhalten lassen. Dabei muß berücksichtigt werden, daß die Position der Arbeitnehmer gegenüber früheren Wirtschaftsbewegungen heute eine lettere geworden ist. Die Gewerkschaften, voran der DGB, hatten schon vor langer Zeit prophezeit, daß die Annahme der Vollvorlage wirtschaftliche Kämpfe zur Folge haben würde. Jetzt ziehen sie daraus die Konsequenzen. In einer fastlich abgehaltenen Bundesausschussung des DGB, die beschlossen worden, Lohnpolitik durch Gewerkschaftskämpfe zu betreiben. Dabei soll im Gegensatz zu früher, wo eine Senkung der Preise erstrbt wurde, jetzt eine Erhöhung der Löhne das Ziel sein, weil man eine Senkung der Preise nach Lage der Sache für aussichtslos hält. Für die Lohnkämpfe stehen den Gewerkschaften heute reichliche Mittel zur Verfügung als je zuvor. Die Gewerkschaften, die seit der Inflation wenig oder garnicht in Anspruch genommen worden sind, sind wohl gefüllt und bilden mit der bereits bestehenden Arbeiterbank eine finanzielle Bürgschaft für die kämpfenden Arbeitnehmer, deren Stärke nicht unterschätzt werden sollte, zumal die erkrankte Wirtschaft nicht imstande sein wird, die gleichen Mittel für diese Zwecke flüssig zu machen. Doch es den Gewerkschaften bei ihren Kämpfen noch um mehr als hohe Lohnforderungen geht, daß sie für sie jetzt zweifellos günstigere Gelegenheiten dazu benutzen wollen, um die Wiederherstellung ihrer früheren sozialen Erwerbsverhältnisse zu erreichen, sei hier nur erwähnt.

So ist die Situation. Wenn schwere wirtschaftliche Kämpfe, die zu innerpolitischen Kämpfen schließlich werden und zu unabsehbaren Wirren führen müssen, vermieden werden sollen, dann muß allerdings ein Ausweg gesucht werden. Er kann nur darin liegen, daß unter allen Umständen dafür gesorgt wird, daß die Lebensmittelpreise und die der dringenden Bedarfsartikel eine Senkung erfahren, ohne daß die Produzenten dabei eine Einbuße erleiden. Dieses Prinzip hat ja Reichskanzler Luther in seiner großen Rede zur Vollvorlage angedeutet und sogar erklärt, daß er daran hinarbeiten wolle, daß ab 1. Oktober eine Preisregelung einträte. Um dies in der angegebenen Art und Weise zu erreichen, ist nicht weiter nötig, als den Weg der Ware vom Produzenten zum Konsumenten zu verkürzen. Der gegenwärtige Zustand in dieser Beziehung ist als überaus ungefährlich, unproduktiv und darüber hinaus als katastrophal für unsere ganze staatspolitische und politische Gemeinschaft zu bezeichnen. Auch hier sei ein Beispiel angeführt: Der Landwirt bekommt für 1 Pfund erkrankten Schlachtwiehes, Lebensgewicht, etwa 50 Pf.; der Konsument muß für 1 Pfund gutes Fleisch in den Großstädten heute über 2 Mark bezahlen. So hoch die ungeheure Differenz. Das herauszufinden und diese Differenzen rücksichtslos zu beseitigen, wird Aufgabe der Regierung sein, die dem deutschen Volke den notwendigen inneren Frieden erhalten will. Die Regierung muß schnell handeln müssen, denn am 1. September treten die Lebensmittelpreise in Kraft, am 1. Oktober folgen die Industrie- und

## Neue Einigungsverhandlungen im Baugewerbe.

Berlin. Auf Einladung des Reichsarbeitsministeriums traten am Freitag nachmittag die am Tarifvertrag beteiligten Vertreter der Arbeitgeber- und Arbeitnehmer-Organisation des Baugewerbes zu neuen Einigungsverhandlungen zusammen, nach dem der vorher im Arbeitsministerium gefällte Schiedsspruch zwar von den Arbeitgebern angenommen, von den Arbeiterorganisationen aber abgelehnt worden ist. Die Verhandlungen dehnten sich bis in die späten Abendstunden aus.

Der Arbeitgeberverband hat die Versammlung, in der über die Generalstreikfrage entschieden werden sollte, bis zum endgültigen Abschluß der neuen Einigungsverhandlungen vertagt.

### Streik der Berliner Bauhändler.

Die in den Betrieben der Berliner Bau-, Metall- und Möbelindustrie beschäftigten Arbeiter haben in einer Urabstimmung mit großer Mehrheit die Arbeitseinstellung beschlossen. Zunächst sind am Freitag etwa tausend Arbeiter in drei bis vier Betrieben in den Streik getreten. Der Streik soll in den nächsten Tagen auch auf die übrigen Betriebe ausgedehnt werden, in denen die Lohnforderungen der Gewerkschaft nicht bewilligt werden.

## Abbruch

### Der Verhandlungen im Baugewerbe.

Berlin. Die Verhandlungen zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmern im Baugewerbe haben zu keinem Ergebnis geführt und sind in der 11. Abendstunde abgebrochen worden. Der Generalstreikbeschluss soll nunmehr bis 28. dieses Monats verwirklicht werden.

## Die Lohnverhandlungen bei der Reichsbahn gescheitert.

Berlin. Die Verhandlungen der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft mit den Vertretern der Gewerkschaften über die Lohnforderungen wurden gestern nachmittag torjähig. Die Vertreter der Reichsbahn erklärten, daß die Gesellschaft nach nochmaliger sorgfältiger Prüfung aller Umstände nicht in der Lage sei, eine allgemeine Lohnhöhung zuzugestehen. Bestimmend dafür sei, daß die Löhne der Reichsbahnarbeiter gegenüber denen der Industrie nicht nur Unterliege, sondern unter aufweisen, sondern teilweise darüber und auf gleicher Höhe liegen. Auch könnten die Mittel für eine solche allgemeine Lohnverhöhung nur durch Erhöhung der Tarife geschaffen werden. Tarifserhöhungen und allgemeine Lohnverhöhungen wirkten aber weiter verteuern auf die Produktion, so daß die Kaufkraft des Lohnes nicht erhöht, sondern vermindert würde. Wohl eine Erhöhung des Nominallohnes, aber eine Verringerung des Reallohnes sei die Folge.

Aus diesen Gründen machten die Vertreter der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft den Vorschlag, zusammen mit den Gewerkschaften Lohnverhöhungen in den Gebieten zu vereinbaren, in denen die Löhne der Reichsbahnarbeiter in einem offensichtlichen Minderverhältnis zu den Löhnen der vergleichbaren Industriearbeiter stehen.

Als solche Gebiete wurden u. a. bezeichnet: Wirtschaftsbereich von Groß-Berlin, Groß-Hamburg, Groß-Frankfurt a. M.

Teile der Reichsanlagen Sachsen, Bayern, (s. V. München, Nürnberg, Würzburg) und Baden.

Kußerdem würden von den Vertretern der Reichsbahn die Zulage aufrechterhalten, die Bezüge der Rangierer und der im Betrieb und Verkehr beschäftigten Arbeiter zu erhöhen.

Die Reichsbahn glaubt für diese Lohnverhöhungen etwas mehr als 20 Millionen Mark aufwenden zu können, ohne zu Erhöhungen der Tarife schreiten zu müssen.

Die Gewerkschaften lehnten jede weitere Verhandlung auf dieser Grundlage ab.

## Die Anflage der Unterdrückten.

Die große französische Offensive in Marokko, die bisher in ihren Vorbereitungen durch Scheinverhandlungen maskiert war, hat ihren Anfang genommen. Frankreich ist dabei, ein kleines, von altherberm Freiheitsdrang befehltes und kulturell durchaus hochentwickeltes Volk niederzuschlagen, um seinen Kapitalisten neue Ausbeutungsmöglichkeiten zu schaffen. Um eine Besiedelung und Erschließung des Landes kann es sich schon aus dem Grunde nicht handeln, weil Frankreich die Kräfte an Geld und Menschen für ein solches Ziel fehlen. Da kommt denn gerade zur rechten Zeit die Veröffentlichung eines offenen Briefes der Regierung an die französische Kammer, aus welchem eindeutig hervorgeht, daß Frankreich der Anflieger und durch seine Vorbereitungen der Anführer des Marokkorkrieges ist. Alle Versuche, auf friedlichem Wege mit den Vertretern Frankreichs zu verhandeln, sind entweder zu Täuschungszwecken aufgeführt, oder in beleidigenden Formen zurückgewiesen worden. Nicht Redellen, sondern Verteidiger der Freiheit gegenüber einem Anreizfeldzug gegen bisher noch nicht überworfenes Gebiet, sind die Kämpfer des Af.

Wichtig ist die Stellungnahme der Deutschen. Es handelt sich auch hier nicht um lokale Unruhen, sondern um den Versuch, die Einflügelung feindlicher Vorkämpfer zu erhalten. Auch die Deutschen sind vom General Carrail in selbständiger Form mit ihren Beschwerden abgewiesen wor-

den. Die Kämpfer für ihre Selbständigkeit gegen fremde Unterdrückung. Es berührt unter diesen Umständen sehr eigenartig, daß von Seiten der Vereinigten Staaten von Amerika den Franzosen nicht nur eine Anzahl Militärtruppen zur Verfügung gestellt haben, sondern daß auch eine Marine-Expedition herübergeschickt ist, ohne daß irgendwelche von uns ihre Freiheit kampfen kleinen Völkern diese Hilfe gewährt wird. Wo bleiben Amerikas angebliche Ideale?

## Ein Ehrengrabmal für Friedrich Ebert.

Berlin. Nach einer Meldung der Post, Sta. hat die Reichsregierung dem Künstler Peter Behrens den Auftrag gegeben, ein Ehrengrabmal für das Grab Friedrich Eberts auf dem Heideberg bei Berlin herzustellen. Die Lage des Grabes unmittelbar vor dem hoch aufragenden Friedhof Kreuzberg gestattet nicht die Aufstellung eines hohen Grabsteines, und es ist schon unmittelbar nach der Beisetzung Eberts von Frau Ebert der Wunsch ausgesprochen worden, daß (ohne Kreuz) an seinem bisherigen Standort zu belassen und das später zu errichtende Grabmal für ihren Mann so zu gestalten, daß die Wirkung des Kreuzes nicht beeinträchtigt werde. Der Entwurf von Professor Behrens ist in Anspannung an die gegebenen Verhältnisse in Form eines etwa zwei Meter breiten und 1,5 Meter hohen Sarkophagartigen Grabmals gehalten, das die Inschrift "Friedrich Ebert" tragen und in einfacher und schlichter Form ausgeführt werden soll. Den einzigen Schmuck werden vier Wappenelemente bilden, die an den vier Ecken angebracht sind.

Die Leichen der im Kriege gefallenen Söhne Eberts sollen ebenfalls nach Heideberg überführt werden und zu beiden Seiten des Grabes des Vaters ihre letzte Ruhestätte finden. Die drei Gräber werden dann durch eine lebende Hecke zu einem Familiengrab vereinigt. Die Ausführung und die Unterhaltung des Grabes Eberts geschieht auf Kosten des Reiches.

## Das polnische Postgebiet in Danzig.

Berlin. Nach einer Genfer Meldung der Kölnischen Zeitung wurde gestern der Bericht des Völkerbundauschusses zur Revision der Danziger Postlinie veröffentlicht. Die vorgeschlagene Linie raumt dem polnischen Postdienst einen breiten Gebietsstreifen von der Reichsinsel bis zur Dürer ein. Die Linie umfaßt außerdem einen großen Teil des Stadtgebietes, in dem die Postzahl der Geschäftshäuser liegt, die mit dem Hafen arbeiten. Nach, was Danzig an Wirtschaftserlösen und an Vorkosten zu fünfzig Millionen Reichsmark bezieht, ist zum Postgebiet geschlagen worden. Auch die Gebäude an beiden Seiten der Straßen, die die Postlinie durchschneiden, sollen in den polnischen Postbezirk einbezogen werden.

Der Völkerbundkommission in Danzig McDonnell hat in einem ebenfalls gestern veröffentlichten Bericht dem Völkerbundrat die Annahme der vorgeschlagenen Linie empfohlen und die Anregung geäußert, daß alle fünf Jahre eine Neuverteilung der Postlinie erfolgen sollte.

## Der Reichsverband

### der deutschen Industrie zur Preisgestaltung.

Berlin. Auf der gemeinsamen Tagung des Reichsverbandes der deutschen Industrie und des Vorstandes der Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände führte die Aussprache zu folgendem Ergebnis: Der Reichsverband der deutschen Industrie und die Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände sind bereit, mit allen Kräften die Wünsche der Reichsregierung hinsichtlich der Preisgestaltung zu unterstützen. Sie halten es für erforderlich, daß die Ermäßigung der Umlage ab 1. Oktober auf 1 Prozent in vollem Umfange eintritt. Auf dem Gebiete des Kartellwesens vertreten die Spitzenverbände der Industrie die Ansicht, daß unter Voraussetzung einer gesunden und verantwortlichen Kartellpolitik Kartelle notwendig sind. Mißbräuche im Kartellwesen können unter keinen Umständen eine Entziehung durch die Spitzenorganisationen der Industrie finden. Diese sind deshalb bereit, eine gründliche Durchprüfung der Grundlagen der Kartelle vorzunehmen und unangenehme Erscheinungen zu beseitigen. Die Verringerung der Preispanne vom Erzeuger bis zum Verbraucher muß erreicht werden. Eine allgemeine Lohnsteigerung würde jedoch jeden Versuch eines Preisabbaus von vornherein zum Scheitern verurteilen.

## Der polnisch-tschechische Einfluß.

Wie wir von unrichtiger außenpolitischer Seite erfahren, macht sich gegenwärtig der Einfluß Polens und der Tschechoslowakei auf die Erörterung der Sicherheitsfrage außerordentlich stark geltend. Nach den in Berlin vorliegenden Mitteilungen der deutschen diplomatischen Vertreter in Warschau und Prag treffen bereits die Außenminister Polens und der Tschechoslowakei sehr eingehende Vorbereitungen zu der Septembertagung des Völkerbundrates, bei der die alliierten Außenminister zugegen sein werden, so daß man anscheinend mit einer großzügigen Aussprache über den Sicherheitspakt rechnet. Was Deutschland betrifft, so wird es ruhig abwarten, bis diese Besprechungen zu Ende geführt sein werden. Die deutsche Regierung wird jedenfalls darauf bestehen, daß die polnisch-tschechischen Wünsche nicht im Sicherheitspakt irgendwelche Berücksichtigung finden werden, sondern daß die deutsche Regierung völlig freie Hand haben muß, eventuelle Schiedsverträge mit diesen beiden Ländern abzuschließen oder irgendwelche anderweitigen Vereinbarungen zu treffen.